

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION**

1014 Wien, Herrengasse 11-13

Parteienverkehr Dienstag 8 bis 12 Uhr  
und 16 bis 19 Uhr

Fernschreibnummer 13 41 45

Telefax 531 10 20 60

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und SozialesStubenring 1  
1010 Wien  
LAD-VD-9301/158

Beilagen

GESETZENTWURF	
Zl.	23-GE 90
Datum:	29. MRZ. 1990
Verteilt	30.3.90 Mo

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug

20.0049/3-1/1990

Bearbeiter

Dr. Grüner

(0 22 2) 531 10

Durchwahl

2152

Datum

27. März 1990

Betrifft

49. ASVG-Novelle

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden soll (49. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz), wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Sozialversicherungsträger dürfen gemäß § 33 Abs. 1 die 3-tägige Meldefrist bis zu einem Monat verlängern. Für das Land Niederösterreich als Dienstgeber wurde bei allen in Betracht kommenden Sozialversicherungsträgern eine solche Fristerstreckung erwirkt, weil die Erstattung der Meldung innerhalb der 3-Tage-Frist aus organisatorischen Gründen nicht möglich ist (wenn z.B. die Dienststelle in Niederösterreich liegt). Es ist außerdem zu beachten, daß die Meldung erst dann als erstattet gilt, wenn sie bei der Krankenkasse eingelangt ist; der Postweg geht zu Lasten des Dienstgebers (vgl. VwGH vom 23. Mai 1985, 82/08/0099).

Diese Möglichkeit nach Abs. 1 wird durch die geplante Bestimmung des Abs. 3 unterlaufen. Es ist ohne Belang, ob es sich bei einer Meldung um eine vollständige oder nur um eine vorläufige Meldung handelt. Eine termingerechte Meldung wäre nur dann möglich, wenn (im Bereich der Landesverwaltung) jeder Dienststellenleiter unmittelbar bei Aufnahme eines Bediensteten eine "vorläufige

- 2 -

Meldung" durch Boten an die Krankenkasse erstattet. Erfolgt der Dienstantritt nach Ende der Amtsstunden der Krankenkasse, ist eine rechtzeitige Meldung gar nicht möglich. Die geplante Bestimmung des Abs. 3 umfaßt nicht nur Vollversicherte und in der Krankenversicherung Teilversicherte, sondern alle Beschäftigten (somit auch solche, die infolge Geringfügigkeit nur unfallversichert sind und gemäß § 37 ASVG bei der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zu melden sind).

Nach Ansicht der NÖ Landesregierung ist eine Meldepflicht bei Geringfügigkeit beim Träger der Krankenversicherung unbegründet, abgesehen von der praktischen Undurchführbarkeit.

Die NÖ Landesregierung schlägt daher vor,

1. die Meldepflicht gemäß § 33 Abs. 3 sowie im Abs. 1 auf Voll- und in der Krankenversicherung Teilversicherte zu beschränken und
2. bei erfolgten Fristerstreckungen für diese Gruppen die Bestimmungen des Abs. 3 überhaupt auszunehmen.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung  
L u d w i g  
Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-9301/158

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder  
des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen  
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung  
L u d w i g  
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Schneidh', is written over the printed text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung'.